



**REPORTERS
WITHOUT BORDERS**
FOR FREEDOM OF INFORMATION



**PRIVACY
INTERNATIONAL**

Überwachungstechnologie in repressiven Regimen

Hintergrundinformationen zu den OECD-Beschwerden gegen die Trovicor GmbH
und gegen Gamma International UK Ltd

Berlin, Februar 2013

Am 6. Februar 2013 haben das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), Privacy International, Reporter ohne Grenzen Deutschland, Reporter ohne Grenzen International, Bahrain Watch und das Bahrain Center for Human Rights eine Beschwerde gegen die in der Überwachungstechnologiebranche tätige Trovicor GmbH bei der deutschen Nationalen Kontaktstelle der OECD eingereicht. Gleichzeitig ist eine Beschwerde gegen Gamma International UK Ltd bei der britischen Nationalen Kontaktstelle eingereicht worden.

Konkrete Vorwürfe

Die Beschwerde führenden Organisationen legen ihre Anhaltspunkte dafür dar, dass das in München ansässige Unternehmen Trovicor GmbH Überwachungstechnologien in Bahrain wartet. Sofern die von Trovicor funktionsfähig gehaltene Technologie den Zugriff der bahrainischen Behörden auf Dissidenten mindestens vereinfacht, wenn nicht gar in bestimmten Fällen ermöglicht, verstößt das Unternehmen aus Sicht der Beschwerdeführer gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Mit Blick auf Gamma International legen Medienberichte und Aussagen von Experten nahe, dass die besonders invasiven FinFisher-Produkte des Unternehmens in Dutzenden Ländern eingesetzt wurden oder noch werden, darunter auch Bahrain. Wartung und Aktualisierung sind für das dauerhafte Funktionieren dieser Technologien essenziell und haben mit hoher Wahrscheinlichkeit auch seit September 2011 stattgefunden. Damit hat Gamma nach Ansicht der Beschwerdeführer den bahrainischen Behörden geholfen, Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Verhaftungen, Folter sowie Verletzungen der Privatsphäre und des Rechts auf freie Meinungsäußerung zu begehen.

Menschenrechte und Pressefreiheit in Bahrain

Die Menschenrechtssituation in Bahrain hat sich insbesondere seit der Niederschlagung der Massenproteste seit Februar 2011 verschlechtert. Jede öffentlich geäußerte Kritik an der Regierung wird kriminalisiert: Seit Beginn der Demonstrationen versucht die Staatsspitze mit allen Mitteln, Berichte über die Proteste und deren brutale Niederschlagung zu verhindern. Online-Aktivisten, Journalisten und vor allem Fotografen werden bei Demonstrationen systematisch bedroht und angegriffen. Viele wurden festgenommen und von Militärgerichten zu Haftstrafen verurteilt. Auf der aktuellen Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen nimmt Bahrain mit Platz 165 von 179 eine der schlechtesten Positionen ein.

Von verschiedenen Organisationen wird eine klare Verbindung zwischen der Unterdrückung jeglicher freien Meinungsäußerung, der systematischen und flächendeckenden Überwachung von Telekommunikation und der willkürlichen Festnahme und Folter von Dissidenten durch die bahrainische Regierung hergestellt: Journalisten, Blogger und Demonstranten werden mit Hilfe von Überwachungstechnologien ausspioniert. Die aus der Telekommunikationsüberwachung gewonnenen Daten werden zur Festnahme von Dissidenten benutzt. Während und nach der Festnahme wie auch im Gewahrsam misshandeln und foltern die Sicherheitsbeamten die Gefangenen systematisch. Bei Verhören werden die Betroffenen

von den vernehmenden Beamten regelmäßig mit Transskripten ihrer Telekommunikation als belastende Beweismittel konfrontiert und durch Folter erpresst, Geständnisse abzulegen.

Rolle der Trovicor GmbH

Trovicor vertreibt und wartet Überwachungstechnologien, wie sie von der bahrainischen Regierung eingesetzt werden. Nach Angaben eines Vertreters der Nokia Siemens Networks AG (NSN) hat Trovicor die bestehenden Verträge über die Wartung der Siemens-Überwachungstechnologie von NSN übernommen. Es gibt Anhaltspunkte dafür, dass Trovicor bis auf den heutigen Tag Geschäftsbeziehungen nach Bahrain unterhält und dafür sorgt, dass die ehemals von Siemens 2006 verkaufte Überwachungssoftware funktionsfähig bleibt.

Sollte dem so sein, hätte spätestens 2011 das Management der Trovicor GmbH aufgrund der sich verdichtenden Informationslage vom Missbrauch von Überwachungstechnologien in Bahrain wissen müssen. Das Unternehmen hätte erkennen müssen, dass bahrainische Oppositionelle der Gefahr ausgesetzt sind, von Sicherheitsbehörden mit Hilfe von Überwachungstechnologie überwacht zu werden und im Folgenden festgenommen und gefoltert zu werden. Diese Überwachungssoftware kann sowohl für legale Zwecke der Strafverfolgung eingesetzt werden als auch für die Verletzung von Menschenrechten.

Rolle von Gamma International

Gammas FinFisher-Suite ist eine besonders leistungsfähige und gefährliche Überwachungstechnologie: Als harmlose E-Mails, Internet-Links oder Software-Updates getarnte Schadprogramme installieren sich selbst auf dem Computer oder Telefon der Zielperson. Von dort übertragen sie Informationen wie Skype-Gespräche, die Inhalte von E-Mails, Adressbücher und andere gespeicherte Daten an den Absender. Außerdem können mit Hilfe von FinSpy eingebaute Kameras und Mikrofone aktiviert und auf diese Weise Bild- und Tonaufnahmen der Nutzer gemacht werden. Die Software ist äußerst schwer zu entdecken und damit eine potente Waffe in den Händen von unterdrückerischen Regimen.

Obwohl Gamma wiederholt bestritten hat, jemals Geschäfte mit Bahrain unterhalten zu haben, gibt es Hinweise, dass die FinSpy-Technologie dort eingesetzt und offenbar regelmäßig aktualisiert wurde. Auf den Computern mehrerer bahrainischer Menschenrechtsaktivisten wurden Schadprogramme nachgewiesen, die die Handschrift von FinFisher-Produkten tragen.

Menschenrechtliche Sorgfaltspflicht der Unternehmen

Die OECD-Leitsätze halten Unternehmen nicht nur an, keine Menschenrechtsverbrechen direkt durch eigenes Handeln zu begehen. Darüber hinaus sollen Unternehmen auch in Fällen, in denen andere Täter Menschenrechte verletzen, negative Auswirkungen ihrer

eigenen Geschäftstätigkeiten auf die Rechte Dritter verhindern und diesen begegnen. Unternehmen sollen also nicht zu Menschenrechtsverletzungen Dritter beitragen oder diese fördern. Vielmehr verlangen die OECD-Leitsätze, dass Unternehmen sich bemühen, negative Auswirkungen ihrer Geschäftstätigkeit zu verhüten und zu mindern.

Es ist für die Beschwerde führenden Organisationen bisher nicht möglich gewesen, in Kenntnis zu bringen, ob und in welchem Umfang Trovicor und Gamma sich darum bemühen, negative Auswirkungen ihrer Technologie auf die Menschenrechte Einzelner in Bahrain zu verhindern bzw. zu mindern.

Die Verpflichtungen nach den OECD-Leitsätzen spiegeln sich auch in den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen wider, die in den 2011 vom UN-Menschenrechtsrat einstimmig verabschiedeten UN Guiding Principles on Business and Human Rights (UN doc A/HRC/17/31) beschrieben werden. Sowohl die UN Guiding Principles als auch die OECD-Leitsätze stellen vom internationalen Konsens getragene Standards für Unternehmensverantwortung dar.

Trovicor und Gamma hätten die Verschlechterung der Menschenrechtssituation in Bahrain mit großer Aufmerksamkeit verfolgen, eine veränderte Bewertung der Situation vornehmen und diese in ihre Unternehmensstrategien einbinden müssen. Konsequenz hätte gegebenenfalls im Frühjahr, spätestens im Sommer 2011 sein müssen, dass jedenfalls vorübergehend die Zusammenarbeit mit der bahrainischen Regierung abgelehnt wird. Es ist bisher nicht ersichtlich, dass die Unternehmen ihre Geschäftsbeziehungen an das erhöhte Risiko durch die veränderte Menschenrechtssituation in Bahrain angepasst hätten.

Politischer Kontext

Die Diskussion auf europäischer und internationaler Ebene belegt, dass in verschiedenen politischen Gremien die menschenrechtlichen Risiken erkannt werden, die von Technologien ausgehen, wie sie die Trovicor GmbH produziert und wartet: Die EU-Verordnung Nr. 428/2009¹ und das Wassenaar-Abkommen für Exportkontrollen von konventionellen Waffen und Dual-Use-Gütern² werden von verschiedenen Seiten dafür kritisiert, dass sie Überwachungstechnologien nicht als Dual-Use-Güter klassifizieren und diese damit derzeit keinerlei staatlicher Kontrolle unterliegen. Dabei wurde schon am 18. Januar 2012 in einer EU-Verordnung die Ausfuhr von Überwachungstechnologie nach Syrien mit einer Sanktion belegt.³ Auch Bundesaußenminister Guido Westerwelle hat öffentlich erklärt: „Solchen Regimen sollten die technischen Instrumente, um ihre Bürger auszuspionieren, nicht überlassen werden“⁴

¹ Verordnung (EG) Nr. 428/2009 des Rates vom 5. Mai 2009 über eine Gemeinschaftsregelung für die Kontrolle der Ausfuhr, der Verbringung, der Vermittlung und der Durchfuhr von Gütern mit doppeltem Verwendungszweck, ABl. EU L 134 S. 1.

² Wassenaar Arrangement on Export Controls for Conventional Arms and Dual-Use Goods and Technology.

³ Verordnung (EU) Nr. 36/2012 des Rates vom 18. Januar 2012 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Syrien und zur Aufhebung der Verordnung (EU) Nr. 442/2011, ABl. EU L 61 S. 1.

⁴ Guido Westerwelle, Konferenz Menschenrechte im Internet, zitiert in: <http://www.zeit.de/digital/internet/2012-09/exportverbot-ueberwachung-westerwelle>.

Die Beschwerdeführer

Das **European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR)** ist eine gemeinnützige Menschenrechtsorganisation, die Betroffene von Menschenrechtsverletzungen durch den strategischen Einsatz juristischer und quasi-juristischer Instrumente unterstützt. Im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte konzentriert sich das ECCHR in seiner Fallarbeit auf die Verantwortung europäischer Unternehmen für Menschenrechtsverletzungen. Im Rahmen des Programmschwerpunktes Völkerstraftaten und juristische Verantwortung arbeitet das ECCHR seit Anfang 2011 mit Betroffenen von Folter und gewaltsamer Verfolgung in Ägypten, Syrien und Bahrain zusammen.

Reporter ohne Grenzen (ROG) ist eine international tätige Menschenrechtsorganisation. ROG dokumentiert Verstöße gegen die Presse- und Informationsfreiheit weltweit und alarmiert die Öffentlichkeit, wenn Journalisten und deren Mitarbeiter in Gefahr sind. Die deutsche Sektion ist organisatorisch und finanziell eigenständig. Gemeinsam mit dem internationalen Sekretariat in Paris recherchiert sie Verstöße gegen die Medienfreiheit weltweit, wertet diese aus, dokumentiert sie und koordiniert internationale Kampagnen und Aktionen. Die digitale Überwachung von Journalisten, Bloggern und ihren potenziellen Quellen hat sich in den vergangenen Jahren stark intensiviert. Deshalb engagiert sich Reporter ohne Grenzen für ein Verbot des Exports solcher Technologie, deren Lieferanten häufig aus westlichen Industrieländern stammen.

Bahrain Center for Human Rights (BCHR) ist eine seit 2002 beim Bahrainischen Arbeits- und Sozialministerium registrierte gemeinnützige Nichtregierungsorganisation. Die Vision des BCHR ist ein prosperierendes, demokratisches Bahrain, das frei ist von Diskriminierung und anderen Menschenrechtsverletzungen. Deshalb ermutigt die Organisation Individuen und Gruppen, aktiv für den Schutz von Bürgerrechten einzustehen und sich am Kampf für Demokratie und Menschenrechte im Einklang mit internationalen Normen zu beteiligen. Ziel dieser Arbeit ist es, Grundrechte zu fördern, Rassendiskriminierung zu bekämpfen und eine Menschenrechtskultur zu verbreiten. Opfern von Menschenrechtsverbrechen bietet die Organisation Unterstützung und Schutz an.

Bahrain Watch ist eine unabhängige Forschungs- und Lobbyorganisation, die eine effektive, transparente und verantwortungsvolle Staatsführung in Bahrain fördern will. Gegründet wurde sie im Februar 2012 von Forscherinnen und Forschern sowie Aktivistinnen und Aktivisten mit persönlichen und akademischen Verbindungen nach Bahrain als Reaktion auf die gewaltsame Niederschlagung der Unruhen dort im Februar 2011. Der Weltöffentlichkeit gegenüber gab die bahrainische Regierung vor, demokratische Reformen und Maßnahmen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation eingeleitet zu haben. Ziel von Bahrain Watch ist es, der Öffentlichkeit Daten verfügbar zu machen, um selbständig zu untersuchen und zu beurteilen, inwiefern die Regierung ihren Ansprüchen gerecht wird. Dabei nimmt Bahrain Watch politische Reformen, wirtschaftliche und sicherheitstechnische Entwicklungen in den Blick. Eine der führenden Persönlichkeiten der Organisation, Ala'a Shehabi, ist eine der Betroffenen der von der bahrainischen Regierung eingesetzten Überwachungstechnologie.

Privacy International hat sich zum Ziel gesetzt, das Recht auf Privatsphäre weltweit zu verteidigen sowie unrechtmäßige Überwachung und andere Eingriffe durch Regierungen und Unternehmen in das Privatleben zu bekämpfen. Die 1990 gegründete Organisation will durch ihre Arbeit ein Bewusstsein für Bedrohungen der Privatsphäre schaffen. Dazu gehört, dass sich über Überwachungsmethoden und -taktiken Bericht erstattet, sich auf nationaler und internationaler Ebene für einen stärkeren rechtlichen Schutz der Privatsphäre einsetzt und nach Möglichkeiten sucht, die Privatsphäre durch den Einsatz von Technologie besser zu schützen. Seinerzeit war Privacy International die erste Organisation, die auf internationaler Ebene Kampagnen zum Schutz der Privatsphäre durchführte. Privacy International war in der Vergangenheit für zahlreiche internationale Organisationen politikberatend tätig, darunter der Europarat, das Europäische Parlament, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und die UN-Flüchtlingsagentur. Zum internationalen Überwachungstechnologiegeschäft hat Privacy International zahlreiche Berichte veröffentlicht.